

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 71 (1993)
Heft: 1

Artikel: Wirtschaftskrise damals und heute
Autor: Jost, Hans Ulrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340989>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftskrise damals und heute

Nach dem Krach der New Yorker Börse vom 24. Oktober 1929 setzte 1930 mit aller Wucht die Weltwirtschaftskrise ein. Ende 1931 war die Industrieproduktion der USA um die Hälfte gesunken, das Bauvolumen auf einen Sechstel zusammengeschrumpft, und über 1000 Banken waren zusammengebrochen. Einen ähnlichen Niedergang erfuhr auch die Mehrheit

Hans Ulrich Jost

der europäischen Länder. Nur die Schweiz schien, getreu dem vermeintlichen Sonderfall-Status, diesem Schicksal zu entkommen. Zwar meldeten die Textil- und die Uhrenindustrie schon 1930 beträchtliche Einbussen, aber die Binnenkonjunktur verzeichnete nur einen sehr geringen Rückgang. Der Grund lag darin, dass die Bauwirtschaft von langfristigen Kraftwerkprojekten und vom sozialen Wohnungsbau sozialistischer Gemeinden profitierte. Zudem war die Kreditsituation dank der seit Ende 1929 eintreffenden Fluchtgelder vorläufig recht günstig. Aber 1933 musste dann auch die Schweiz erfahren, dass eine Weltwirtschaftskrise vor der Landesgrenze nicht Halt macht. Der Wert der Exporte verminderte sich um zwei Drittel, das Nationaleinkommen nahm um über 20% ab, und die Arbeitslosenquote stieg auf 5%. Selbst die Rendite der Industrieaktien fiel um die Hälfte, was aber immer noch einen mittleren Profit von beinahe 4% einbrachte.

Die politischen Instanzen reagierten nur zögerlich und ohne klare Zielsetzung. Un-

ter dem liberalen Schlagwort „Deflation“ wurde in erster Linie eine Senkung der Löhne angestrebt. Gleichzeitig sollten mit einzelnen Massnahmen besonders gefährdete Wirtschaftsbereiche, wie beispielsweise die Hotellerie, die Landwirtschaft und die Banken, vor den Folgen der Krise geschützt werden. Weit mehr Zurückhaltung auferlegte man sich bei der Hilfe für Arbeitslose. Zwischen 1932 und 1942 stellte der Bund für diesen Zweck 48 Millionen Franken zur Verfügung - zur Sanierung maroder Banken gab er gleichzeitig über 200 Millionen aus.

Hatte die Weltwirtschaftskrise die Schweiz nur schleichend ergriffen, so setzte sie sich dann um so hartnäckiger und zäher fest. Am Tiefpunkt von 1936 begann sich langsam die Aussenwirtschaft zu erholen. Während dieser Trendwende erfolgte die Abwertung des Schweizer Francs. Letztlich waren es aber in erster Linie die Kriegsvorbereitungen, die die Schweiz und einen Teil der Weltwirtschaft aus dem Wellental holten. „Die mächtige Totenhand der Kriegsrüstung musste mithelfen, die Schweiz aus dem beklemmenden Tal der Wirtschaftsdepression herauszuführen“, schrieb Hans von Greyerz im Handbuch der Schweizergeschichte.

Ein Vergleich mit heute

Die Geschichte wiederholt sich bekanntlich nicht. Doch man kann durchaus versuchen, da sich diese Ereignisse auf dem gemeinsamen Hintergrund der kapitalisti-

1932 bis 1942
stellte der Bund
48 Mio. Franken
für
Arbeitslosenhilfe
zur Verfügung;
gleichzeitig gab
er 200 Mio.
für die Sanierung
maroder Banken
aus.

So zeigte der Zürcher
Photograph Hans
Staub in den
dreissiger Jahren die
Arbeitslosen. Wie
sehen sie heute aus?



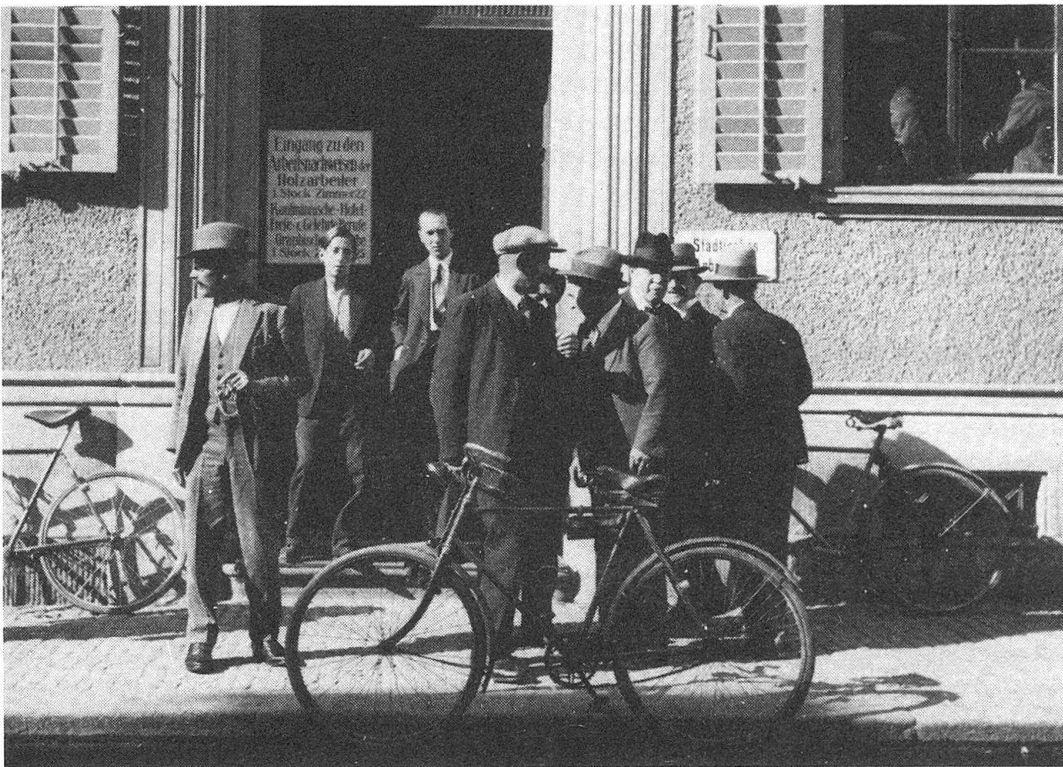
schen Wirtschaft des 20. Jahrhunderts abspielen, einige strukturelle Analogien herauszuarbeiten.

Bekanntlich setzte die aktuelle Krise in den 70er Jahren ein. Aber im Unterschied zu den 30er Jahren kam es nicht zu einer langanhaltenden Depression. Dem Einbruch von 1975 folgte um 1980 eine Phase der Erholung, und nach dem Tiefpunkt von 1982 kam es erneut zu einem vermeintlichen Aufschwung, der in liberalen Kreisen, begleitet von Hochrufen auf Reagan und Thatcher, zu einer wahren Euphorie führte. Bezeichnenderweise waren dies auch die Jahre massloser Spekulationen. Der dritte Teil der Krise, beginnend in den 90er Jahren, liess aber nicht auf sich warten.

Im Unterschied zur Zwischenkriegszeit setzte sich die Krise anfänglich kaum im Bewusstsein der Öffentlichkeit fest. In der Schweiz lag dies vor allem daran, dass die Arbeitslosigkeit anfänglich nicht manifest in Erscheinung trat. Obwohl in den 70er Jahren mindestens 300'000 Arbeitsplätze verloren gingen - was einer Arbeitslosenquote von 5% entsprochen hätte - trat die

Arbeitslosigkeit nicht an den Tag. Die Schweiz wälzte den Grossteil davon auf die abgeschobenen „Fremdarbeiter“, teilweise aber auch auf die in die „Hauswirtschaft“ zurückspeidierten weiblichen Arbeitskräfte. In den 80er Jahren aber kam, trotz wirtschaftlicher Zuwachsraten, dieses Krisensymptom dann langsam zum Vorschein. Die Arbeitslosenzahlen nahmen ständig zu und erreichten schliesslich den Stand der 30er Jahre.

Der Verlauf und die Form der heutigen Depression hat oberflächlich gesehen mit der Wirtschaftskrise der 30er Jahre wenig gemein. Immerhin zeigen sich einige vergleichbare Problemkreise, wie etwa die Überproduktion und die Finanzspekulationen. Grösste Ähnlichkeiten zeigen sich in bezug auf die soziale Lage. Die Arbeitslosigkeit erreicht Quoten wie in den 30er Jahren, die untersten Schichten der Bevölkerung fallen zunehmend der Armut anheim, und für die öffentlichen Haushalte von Bund und Kantonen wird einmal mehr nach rigorosem Sparen gerufen. Im Wortschatz des Liberalismus wurden zwar die Schlagworte ausgewechselt - anstelle von



Arbeitslose vor dem
Städtischen
Arbeitsamt in Zürich
1936

Deflation spricht man nun allenthalben von Deregulation -, doch der Geist bleibt derselbe. Es geht darum, wie vor 60 Jahren auch, die Kosten der Krise auf die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung abzuwälzen. In der Umgangssprache heisst dies, damals wie heute, „den Gürtel enger schnallen“.

Die neue Perspektive: Zweidrittelsgesellschaft

Man könnte nun auch versuchen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vergleichen, wobei u.a. etwa auffallen würde, dass sich die Behörden damals wie heute bei der Krisenbekämpfung durch weitgehende Konzeptionslosigkeit auszeichnen. Erwähnenswert ist auch die Tatsache, dass dem Finanzplatz Schweiz schon in den 30er Jahren mehr Beachtung geschenkt wurde als den Arbeitsplätzen. So erfolgte damals eine entscheidende geistige Weichenstellung in Richtung auf eine vom Kapital und nicht mehr von der Produktion dominierte Wirtschaftsgesinnung.

Heute drückt sich diese Option in der Idee aus, die Schweiz müsse ihre wirtschaftliche Grundlage für das 21. Jahrhundert in erster Linie im Rahmen eines internationalen Finanzplatzes suchen. Das mag auch mit ein Grund gewesen sein, dass die Banken- und Finanzwelt den Beitritt zum EWR nur mit einem schwachen Lippenbekenntnis unterstützte.

Die Verlagerung des Blickes von der Arbeits- zur Finanzwelt führte aber in der aktuellen Krise zu noch folgenschwereren Konsequenzen. Trotz der Bevorzugung der Banken- und Finanzwelt herrschte in den 30er Jahren immerhin ein wichtiger und grundsätzlicher wirtschaftspolitischer Konsens: produktive Arbeit stand im Zentrum des Wirtschaftsdenkens, und eine Krise galt nur als überwunden, wenn für alle wieder Arbeitsplätze geschaffen werden konnte. Arbeit besass, mit andern Worten, einen hohen sozialen und moralischen Wert. Sie galt unausgesprochen als wichtiges gemeingemeinschaftliches Gut. Heute hat, im Rahmen der neuen Wirtschaftsmentalität, in dieser Frage ein folgenschweres Umdenken stattgefunden.

Wirtschaftsentwicklung heisst nun in erster Linie Rationalisierung und Verdichtung der Kapitalverflechtungen - Massnahmen, die, trotz beträchtlicher Produktivitätssteigerung, nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern vernichten. In dieser Perspektive wird auch implizit vorausgesetzt, dass Arbeitslosigkeit nicht mehr überwunden, sondern als soziale „Unkosten“ in die zukünftige Gesellschaftsordnung eingebaut werden muss. Auf eine knappe Formel gebracht heisst dies: Zweidrittelsgesellschaft.

Dies bedeutet u.a. auch, dass man das Ziel, die Klassengegensätze zu überbrücken - wie etwa in den 30er Jahren mit Korporationenstaat, New Deal oder Arbeitsfriede - aufgegeben hat. Es wird bewusst eine neue, sozioökonomische Polarisierung in

Kauf genommen. Seit einem Jahrzehnt steigt nicht nur die Zahl der Arbeitslosen, auch die Armut nimmt zu. Ganz generell kann festgestellt werden, dass die Lohnentwicklung der hohen Einkommen bedeutend günstiger ausfällt als jene der kleinen Gehaltsempfänger. Es scheint sich somit eine neue, von Arbeitslosigkeit, unqualifizierter Berufsbildung und prekären Jobs geprägte Unterschicht zu bilden, die der „deregulierte“ Staat wohl mit minimalen Renten unter Kontrolle zu halten versuchen wird. Das Fazit: Die heutige Krise zerstört Arbeit und schafft eine neue Klassengesellschaft.

Hans Ulrich Jost ist Professor für Zeitgeschichte an der Universität Lausanne.

Die Rote Revue im Rückblick (I)

Die Lektüre der alten Jahrgänge der Roten Revue eröffnet faszinierende Einblicke in die ideologische Entwicklung der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung. Die Namen fast aller sozialdemokratischen Leitfiguren tauchen auf. Wir präsentieren heute und in den folgenden Nummern ein paar historische Spots.

Am Anfang war die Spaltung

Im September 1921 erschien die erste Nummer der „Roten Revue“. Das dünne Heft im Format A 5 hatte einen dunkelroten Umschlag, der mit schwarzen Frakturlettern bedruckt war. Die von der SPS herausgegebene „Sozialistische Monatschrift“ wurde in der Genossenschafts-

druckerei in Zürich hergestellt, also dort, wo auch die sozialdemokratische Tageszeitung „Volksrecht“ gedruckt wurde. Die Volksrecht-Redaktoren Ernst Nobs und Friedrich Heeb amtierten nebenbei als Schriftleiter der „Roten Revue“.

Es war die Zeit nach der Spaltung der Arbeiterbewegung. Die KommunistInnen, gestützt auf die fleissige Theorieproduktion aus der Küche des Moskauer Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, entfalteten eine rege Propagandatätigkeit, die sich nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen die „opportunistische Sozialdemokratie“ richtete. Die SozialdemokratInnen mit ihrem pragmatischeren Kurs beriefen sich dagegen auf ihre politische Praxis, die sich vom